

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

54. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 11. November 1916

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 131

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Personalbestandsaufnahme in den Buchdruckereien. — Neue Ziele, neue Wege, I.

Korrespondenzen: Berlin. — Bielefeld. — Donaueschingen. — Siegen. Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Zur Neuordnung der Feuerungsanlagen für Hilfsarbeiter. — Die Feuerungsanlagen für Lehrlinge. — Kontraktbruch von Lehrlingen. — Gehilfenprüfung. — Eine unmittelbare Folge des Krieges. — Weitere Beschränkung des gewerblichen Arbeitsmarktes in der Presse. — Das geschäftslüchtige Reichspostamt. — Entschluß des Reichspostamts über besondere Bemerkungen zu Manuskripten und Korrekturen. — Die Kunst Gutenbergs bei den Griechern. — Konkurs-eröffnungen im Oktober. — Verlängerte Verjährungsfristen. — Scheitern der Verhandlungen über die Feuerungsanlagen in der Holzindustrie.

Bericht der Hauptverwaltung vom Monat September 1916. Neunzehnter Nachtrag zum Verzeichnisse der tarifstreuen Druckereien.

Personalbestandsaufnahme in den Buchdruckereien

Das Tarifsamt der Deutschen Buchdrucker Verbände vor einiger Zeit das Ergebnis einer im Mai 1916 vorgenommenen Erhebung über den Personalbestand in den Buchdruckereien; als Zeitpunkt sind der 25. April 1914 und der 29. April 1916 gegenübergestellt. In Rücksicht auf die durch den Krieg geschaffenen schwierigen Verhältnisse sind nur die Firmeninhaber befragt worden. Von 9880 veränderten Fragekarten kamen jedoch nur 4360 zurück; verarbeitete wurden 4181 Karten.

Durch die beschränkte Befragung — kaum 42 Proz. der Druckereien — ist der Wert dieser Statistik, ganz abgesehen von der einseitigen Erhebung, problematisch geworden. Immerhin gibt diese Gegenüberstellung der Erhebungen aus den beiden Jahren zahlenmäßige Rückschlüsse der wirtschaftlichen Kriegswirkung auf; Gewerbe, da nämlich 70 Proz. der Gehilfenstaffel erfährt wurden, ohne jedoch allzuviel Neues zu bieten. Die vierteljährlichen Kriegsstatistiken des Verbandes mit allerdings ganz abweichender Anlage zeigen uns in ihrer Art die Entwicklung durch die Kriegsverhältnisse deutlicher.

An der Statistik beteiligten sich von den Kreisen I: 258 Firmen, II: 598, III: 285, IV: 496, VA: 64, V: 393, VI: 353, VII: 502, VIII: 344, IX: 224, X: 307, XI: 203 und XII: 154 Firmen. Etwa 1200 Buchdruckereien (meist kleineren Umfangs) waren wegen des Krieges schon stillgelegt oder ganz erloschen. Wieviel solcher Opfer werden seit der Statistikaufnahme noch gefolgt sein?

Die nach Tarifkreisen geordnete Zusammenstellung ergibt in ihren Endzahlen folgendes Ergebnis:

Gehilfen:	25. April 1914	29. April 1916	Weniger	Proz.
Faktoren	2163	1560	603	27,8
Handlöhner	28418	13400	15018	52,9
Maschinenlöhner	4180	2737	1443	34,5
Obermaschinenmeister	697	483	214	30,6
Drucker	9093	4688	4405	48,4
Schweizerbeuten	1360	880	480	35,2
Korrektoren	1463	995	468	31,9
Stereotypenreue	1273	831	442	34,7
Galvanoplastiker	198	122	76	38,3
Lehrlinge:				
Gesher	6759	6405	354	5,2
Drucker	3837	3604	233	6,1
Stereotypenreue	186	175	11	6,1
Hilfsarbeiter:				
Männliche	8515	5821	2694	31,6
Weibliche	13657	10734	2923	21,4

Zusammengefaßt sind gefaßt:

1914: 48815 Gehilfen, 10782 Lehlr., 22172 Hilfsarb.
1916: 25696 10184 16555
weniger 23149 Gehilfen, 598 Lehlr., 5617 Hilfsarb.
in Proz. 48,5 5,5 25,3

Es wäre demnach ein Abgang zum Militär, bei allerdings nur 4181 Firmen, von 23149 Gehilfen (= 48,5 Proz.) zu verzeichnen, während 25696 im April 1916 noch beschäftigt waren. Nach der Statistik des Verbandsvorstandes — den ungefähren gleichen Termin (31. März 1916) angenommen — beträgt der Weggang der Verbandsmitglieder allein zum Militär 42731 Gehilfen = 56,5 Proz. der Mitgliederzahl vor dem Kriege; dagegen waren be-

schäftigt etwa 29000 Mitglieder. Bei den Zahlen dieser Statistik ist allerdings der Zugang der Neuausgelernten innerhalb der zwei Jahre zu berücksichtigen.

Der Rückgang an Lehrlingen will nicht recht einleuchten. Ob die Osterzuzug, die doch in diesem Jahre gar nicht gering ausgefallen ist, schon volle Einrechnung seitens der befragten Firmen gefunden hat, erscheint fast zweifelhaft.

Mehr Interesse erwecken die statistischen Angaben der vom Tarifsamt in Anbetracht der schwierigen Lage im Gewerbe gewährten

tariflichen Ausnahmen.

Über die Lehrlingskalkula wurden 113 Lehrlinge eingestellt.

In Sechsmaschinen arbeiten: Lehrlinge im dritten Lehrjahr in 55, im zweiten in 17, Töchter des Besitzers in 5, Söhne in 3, die Besitzerin in 2 Fällen; ferner 2 Drucker, 20 Lehrlinge über die Ausbildungszeit hinaus, 15 weibliche Personen (und zwar Kreis I: 2, II: 3, VIII: 4, XI: 1, XII: 5), außerdem 1 Handlöhner. 3 Nichtbuchdrucker sind an Siebapparaten der Monotype tätig.

Im Handlöhner werden Mädchen bei 42 Firmen beschäftigt.

Aushilfe nach Feierabend durch betriebsfremde Gehilfen ist bei 25 Firmen gestatet worden.

Hilfsarbeiter als Stereotypenreue dürfen bei 5 Firmen arbeiten.

Nichtbuchdrucker als Korrektoren sind in 3 Druckereien tätig.

Für den Drucksaal liegen die Dinge folgendermaßen: 13 Firmen ist Mehrmaschinenbedienung gestatet, 11 Druckereien ein Abweichen von den Vorschriften für die Bedienung von Rotationsmaschinen, bei 12 Firmen arbeiten Hilfsarbeiter an Druckmaschinen, in je 1 Druckerei sind Hilfsarbeiter oder Nichtbuchdrucker am Siegel zugelassen, bei 4 Firmen Hilfsarbeiterinnen am Siegel und beim Zurückfahren.

Der Nachweis über die gewährten tariflichen Ausnahmen ist vollständig. Hoffentlich wird in gegenwärtig schwer kontrollierbaren Druckereien nicht außerdem geflissentlich Schärfe Mäßigkeit namentlich auf abgelegene Provinzorte ist geboten! Dem Tarifsamt muß zugestanden werden, daß es die Ausnahmen eben Ausnahmefälle sein ließ. Wie auch die Verhältnisse noch erschwerer werden können in der ja noch traurigeren Zukunft, jedenfalls ist vom Tarifsamt auch ferner scharfe Unterscheidung zwischen wirklicher Notlage und Gehilfen nach Seitenprüngen zu erwarten.

—p.

□ □ Neue Ziele, neue Wege* □ □

I.

Vor einem Jahre war es, als ein Buch: „Die Arbeiterchaft im Neuen Deutschland“, das Interesse weitester Kreise wachief und besonders in Arbeiterkreisen auf das lebhafteste für und wider gestritten worden, ob es zweckmäßig und wünschenswert sei, wenn Vertreter der Arbeiterchaft gemeinsam mit bürgerlichen Politikern den Versuch machen, die Gestaltung der nach dem Kriege bevorstehenden Lebens-, Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterklasse durch die Herausgabe eines alle diese Probleme umfassenden Werkes zu beeinflussen. Man kann wohl sagen, daß dieser Versuch im allgemeinen eine günstige Aufnahme gefunden hat; nicht zuletzt deshalb, weil gerade die durch den Krieg bedingten Verhältnisse mit Naturnotwendigkeit auf eine weit größere Gemeinlichkeit des Handelns möglichst aller Parteien drängen, als dies bisher der Fall gewesen.

In einem weiteren Werke: „Vom inneren Frieden des deutschen Volkes“, auch von Friedrich Schimme herausgegeben, haben 40 Mitarbeiter aller Parteilagerungen den Beweis dafür zu erbringen versucht, daß das Bestreben, alles Gemeinsame, was uns mit dem Vaterlande verbindet, über das Trennende zu stellen, in allen Kreisen vorhanden ist. Sehr richtig sagt dazu das „Korrespondenzblatt“: „Dem ehrlichen Willen sollen wir gern volle An-

* „Recht, Verwaltung und Politik im Neuen Deutschland“. Herausgegeben von Dr. Bozi und Dr. Heinemann. Verlag von Ferdinand Enke in Stuttgart. VIII und 403 Seiten. Gehet 6 Mk.; broschiert 6,80 Mk.

erkennung. Aber von den Rückwirkungen des Krieges und der Kriegsfolgen auf die verschiedenen Anschauungen und Interessen und von der tatsächlichen Gestaltung der innerpolitischen Verhältnisse nach dem Kriege wird es abgesehen, ob der innere Frieden zur vollen Wahrheit werden kann.“

Und nun machen — aller guten Dinge sind drei — in einer dritten Aufsammlung Dr. Bozi, Richter in Bielefeld, und Dr. Heinemann, Rechtsanwalt in Berlin, den Versuch, in ähnlicher Weise die künftigen Aufgaben des Rechts, der Verwaltung und der Politik zu erörtern. Im voraus sei bemerkt, daß die Politik ohne Schaden für die Gesamtheit etwas kurz weggekommen ist, was jedoch um so verständlicher ist, als ursprünglich überhaupt nur Recht und Verwaltung behandelt werden sollten, und nur die Tatsache, daß die Mehrzahl der Fragen ja doch ins Politische drängt, gab Veranlassung, dem Werke den Gesamttitel zu geben.

Diese Sammlung verdient zweifellos, daß sie aufmerksam von allen denen gelesen wird, die an der Neugestaltung der Dinge nach dem Kriege irgendeines Interesse nehmen. Eine Fülle von Fragen wird aufgeworfen; die teils einer neuen, teils überhaupt erst einer gesetzlichen — und vor allem besseren — Regelung harren, als sie bisher im „alten“ Deutschland gegeben war. Es wird da an manchem Grund- und Schiefer von Herkommen und Überlieferung gerüttelt, um einer freieren, den gegen früher oftmals von Grund aus veränderten Verhältnissen mehr Rechnung tragenden Entwicklung die Wege zu ebnen. Dabei ist es erfreulich, wie wenig die Einzelarbeiten von Dogmatismus und Dogmatismus behaftet sind, wie überall das Bestreben aufgekräftigt, die Dinge so zu sehen, wie sie tatsächlich sind, Anregungen aller Art, wie jetzt Bestehendes verbessert werden kann, um den bevorstehenden gewaltigen Anforderungen gerecht werden zu können, geben Veranlassung zu weiteren Nachdenken. Mehrfach drängt sich die Erkenntnis auf, wie außerordentlich mangelhaft vieles in unserm Vaterlande geschaffen ist, was man als gegebene Tatsachen hingenommen, mit dem man sich — recht und schlecht — abzufinden versucht hat. Dabei ist es nicht ohne eignen Reiz, in manchen der unabhängigen voneinander entstandenen Beiträge dieselben Fragen auftauchen zu sehen, die einer neuen Lösung dringend bedürftig sind. Nicht alles, was da im bunten Wechsel am Leser vorüberzieht, kann vom Standpunkte der modernen Arbeiterchaft aus rückhaltlos unterschrieben werden, aber immer hat man das Gefühl, daß selbst dort, wo gegenläufige Auffassungen hervortreten, doch der Wille zu einem gedeihlichen Zusammenarbeiten nicht zu verkennen ist. Der Gedanke, daß eine gründliche Neuorientierung auf fast allen Gebieten des öffentlichen Lebens bitter not tut, tritt überall plastisch hervor.

25 Autoren sind es, die in dem Sammelwerke zu uns sprechen. Den Reigen eröffnet Rechtsanwalt Dr. Hugo Heinemann mit einem Artikel über „Die soziale Kraft der Koalition“. In außerordentlich anschaulicher Weise schildert er, wie der Krieg Veranlassung gewesen ist, den Gedanken der Organisation in jeder Beziehung neu zu stiften. Mit Recht weist er darauf hin, daß die Organisationsformen, die schon im Frieden ihre Vollkommenheit bewiesen haben, auch im Kriege nicht verlagern, wie das beispielsweise beim Eisenbahnwesen und beim Militärwesen der Fall ist, die die ungeheueren im Krieg an sie gestellten Anforderungen glatt bewältigt haben. Zum großen Teil trifft das auch zu auf die Gewerkschaften, die eine ganz erstaunliche Anpassungsfähigkeit an die neuen Verhältnisse bewiesen. Die Not der Zeit hat gelehrt, daß der einzelne unfähig ist, die Dinge zu meistern, daß es ohne die Unterordnung des einzelnen unter einen Gesamtwillen nicht möglich ist, zum Wohle der Gesamtheit erprobliche Arbeit zu leisten. Die Erkenntnis, daß gerade die Arbeiterorganisationsformen in langer und intensiver Erprobungsarbeit die Vorbereitungen für eine solche Einordnung des einzelnen in einen Gesamtorganismus geschaffen haben, bedingt nach Heinemann eine von Grund aus veränderte Stellungnahme der staatlichen Gewalt zu den Arbeiterorganisationsformen; eine Forderung, ohne deren Erfüllung ein innerer Friede in Deutschland unmöglich erscheint. Mit aller Schärfe verlangt der Verfasser eine völlige Befreiung des § 153 der Gewerbeordnung, des Galgens, an dem der die Koalitionsfreiheit garantierende § 152 gehängt wird. Weitere Ausführungen sind dem Strafrecht gewidmet, soweit dasselbe vor dem Kriege, in seinen verschiedensten Ausprägungen (Erpressungsjudikatur) in den Dienst der Behämpfung der Arbeiterorganisationsformen gestellt war. Man muß Heinemann ohne weiteres beipflichten,

wenn er sagt, daß nach dem 4. August 1914, an welchem Tage die deutsche Arbeiterschaft nicht die Pflicht, sondern das Recht des gesamten Volkes zur Verteidigung des schwerbedrohten Vaterlandes bestie, ihm jetzt nicht vorzuenthalten werden kann: „Gerechtigkeit und Gleichheit in Gesetzgebung und Verwaltung, Gewährung von Freiheit für die Selbsthilfe der Arbeiterschaft.“

In einem Aufsatz über „Juristische Vorbildung und Auslese der Verwaltungsbeamten“ fordert Geheimrat Franz (Charlottenburg) mit Recht eine bessere Vorbildung der Beamten, vor allem eine bessere praktische Schulung. Wer hätte nicht schon Gelegenheit gehabt, bei manchen Behörden eine Beurteilung alltäglicher Dinge kennen zu lernen, die mit der Wirklichkeit nur wenig in Einklang zu bringen ist!

Eine längere Reihe von Abhandlungen beschäftigt sich mit der Justiz, sowohl mit den Vertretern derselben als auch mit Gesetz und Rechtsprechung. Diese Ausführungen bieten dem Laien eine reiche Fundgrube allerhand Wissenswerten.

Oberlandesgerichtsrat Marx (Münster) bespricht die zwischen „Richter und Justizverwaltung“ vorhandenen Beziehungen, dabei der uneingeschränkten Unabhängigkeit der Richter eine Lanze brechend. Frei von jeder Beeinflussung, auch der ihnen übergeordneten Autoritäten, soll nur „die Majestät des Gesetzes“ über ihnen stehen. Wenn er trotzdem dafür eintritt, daß die Rechtsprechung für die Bedürfnisse der Zeit Verständnis zeigen müsse, er dabei auch dem Freiheitsgefühl und dem vereinigten Empfinden des Volkes verständnisvoll Rechnung getragen wissen will, so wird man eine solche soziale Auffassung begrüßen. Besonders sympathisch berührt es, daß sich der Verfasser freimütig zu einem Antrag des früheren Reichstagsabgeordneten Windthorst bekennt: „Richter dürfen nur solche Titel führen, welche mit ihrem Amt als solchen verbunden sind, und Orden und Ehrenzeichen nicht annehmen.“

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Berlin. (Vertrauensmännerversammlung am 30. Oktober.) Bis auf den letzten Platz füllten die Vertrauensleute der Berliner Kollegenchaft den großen Saal des „Gewerkschaftshauses“, um zu den Steuerungsulagen Stellung zu nehmen. Einleitend bemerkte Kollege Massini, daß die Vertrauensleute in diesem Jahre schon wiederholt zusammengekommen sind, um über die Lohnverhältnisse zu beraten. Bereits Anfangs des Jahres beschäftigte sich eine Gewerkschaftskonferenz mit der Frage der Tarifverlängerung und der Steuerungsulagen. Die Wünsche der Gehilfenchaft sind damals von der Prinzipalkaft nicht erfüllt worden. Die bei der Tarifverlängerung gewährten Steuerungsulagen haben keine Befriedigung gebracht. Seitdem sind die Verhältnisse von Tag zu Tag schlechter geworden. Alle Lebensbedürfnisse haben sich ins Ungemessene vererheit. Wer dafür verantwortlich ist, sei eine andre Frage. Der Gehilfenchaft bleibt aber nur der eine Ausweg, durch Steigerung des Lohnes einen Ausgleich zu finden. Nun hat sich die letzte Gewerkschaftskonferenz wieder mit der Frage der Steuerungsulagen beschäftigt und den Verbandsvorstand beauftragt, dem Vorstande des Deutschen Buchdruckerereins in einer Ansprache die Forderung und die Wünsche der Gehilfenchaft vor Augen zu führen. Die Beratungen in Goslar sind bekannt. Zu bedauern ist, daß nicht der Deutsche Buchdruckerereins als Organisation sich mit dem Verband über die Steuerungsulagen verständigt hat. Man hat die Angelegenheit den Tarifvertretern der Prinzipale überwiefen. Die jetzt vorgeschlagenen Ulagensätze sind also als einseitige tarifliche Ulagensätze zu betrachten, an deren Festlegung Gehilfenvertreter nicht beteiligt waren. Der Gewerkschaft hat sich nach Bekanntgabe der Ulagensätze an den Vorstand des Vereins der Berliner Buchdruckerereins gewendet und um eine Ansprache hierüber erucht. Dieser hat die Angelegenheit den Prinzipalskreisvertretern überwiefen. Es hat darauf eine Ansprache derselben mit Massini stattgefunden, in welcher dieser zum Ausdruck gebracht hat, daß die Vorlage die Berliner Gehilfenchaft in keiner Weise befriedigen kann, so daß über kurz oder lang von neuem an die Prinzipale herangefreten werden muß, wenn jetzt nicht ausreichende Ulagensätze gewährt würden. Während beim Abschluß des jetzigen Tarifs die Mark eine Kaufkraft von 100 Pfennigen hatte, entspricht sie jetzt kaum der Hälfte. Wenn auch zum Teil die Löhne gestiegen sind, so muß doch mindestens auf die Löhne bis 45 Mk. 20 Proz., über 45 bis 50 Mk. 15 Proz., und über 50 Mk. 10 Proz. Steuerungszuschlag gewährt werden, um nur in etwas den jetzigen Verhältnissen Rechnung zu fragen. Die Prinzipale mögen sich für sich durch Erhöhung der Druckpreise einen Ausgleich suchen. Es scheint aber nicht immer der Wille zum Entgegenkommen vorhanden zu sein. Die Prinzipale erklären eine Erhöhung der vorgeschlagenen Ulagensätze für unmöglich. Sie wollen über die allgemeine Skala hinaus noch den verheirateten Gehilfen, welche einen Wochenlohn bis 46,38 Mk. haben, eine monatliche Steuerungsulage von 4 Mk., denen, welche bis 49,38 Mk. Lohn erhalten, 3 Mk. gewähren; mehr zu geben seien sie bei der bestehenden Konkurrenz nicht in der Lage. Wenn die Lohnforderungen so weiter gingen, würden die Arbeiter in die Provinz gehen und die Betriebe müßten geschlossen werden. Es werde nur die Hälfte der Gehilfenchaft wie vor dem Kriege beschäftigt, während die laufenden Antkosten dieselben geblieben oder noch größer geworden sind. Die Unterstützungen der Familien der Eingezogenen belaste ebenfalls viele Prinzipale bedeutend. Auch der Stellenwechsel, der bis zu 30 Proz. befrage, müsse aufhören.

Der „Korr.“ habe doch auch die Vor schläge besprochen und sie als „materiell immerhin annehmbar“ bezeichnet. (Diese Bemerkung auf den „Korr.“ seitens der betreffenden Prinzipalsfunktionäre ist eine in ihrem Zweck verfehlte Konstruktion. Nicht zu den Vor schlägen der Leipziger Konferenz vom 9. Oktober haben wir derartige geschrieben, sondern in Nr. 122 wurde bei Besprechung der Goslarer Prinzipalsversammlungen am 25. September abschließend gesagt: „Von der Richtfeststellung eines Irrtums sehen wir ab, da inzwischen ja die Sache zu einem materiell immerhin annehmbaren Antrage gelangt ist.“ Dieser Irrtum betrifft eine auf der Hauptversammlung in Goslar unrichtig wiedergegebene Zahlenangabe eines Gehilfenvertreters bei der gemeinsamen Ansprache in Goslar am 22. September, an welcher nicht teilgenommen worden ist. Red.) Kollege Massini antwortete: In einer am folgenden Tage stattgefundenen Versammlung der Berliner Prinzipale sind die Wünsche der Gehilfenchaft mitgeteilt, doch hat diese keine Erweiterung der Vor schläge beschlossen. Es muß also mit diesen Forderungen gerechnet werden. Hingewirkt müßte aber bei der Bemessung der Ulagensätze darauf werden, daß dieselben auf den Grundlohn nach Abzug sämtlicher Auf schläge für Nacharbeit, Schichtwechsel u. dgl. gewährt werden, wie das ja auch aus einem seinerzeit gefaßten Beschlusse des Tarifrats betreffs Forderungsbekämpfung bei Nacharbeit hervorgeht. Wo von einzelnen Prinzipalen Schwierigkeiten bei der Durchführung der Vor schläge gemacht werden, sind die Instanzen in Anspruch zu nehmen. Alles in allem kann in Berlin auch die jetzige Lösung der Frage der Steuerungsulagen keinerlei Befriedigung hervorruhen, da sie den Verhältnissen der Weststadt nicht Rechnung trägt. Es ist jedoch auf die Allgemeinheit Rücksicht zu nehmen. Doch soll jeder einzelne, welcher mehr erreichen kann, dies tun. Die Unterstützung des Vorstandes wird er dabei haben. Es wird also wohl auch der Stellenwechsel nicht eher aufhören, als bis den Gehilfen eine ausreichende Entlohnung gewährt wird, die ihnen zum mindesten die Existenzmöglichkeit bietet. Die Diskussion gestaltete sich äußerst lebhaft. Die Vertrauensleute fast aller größeren Betriebe beteiligten sich daran und gaben ihrer Unzufriedenheit mit dem Bewilligten zum Teil in drastischer Weise Ausdruck. Daß der Grundlohn bei der Bemessung der Steuerungsulage als Grundlage zu betrachten sei, hielt der Obmann eines der größten Betriebe für selbstverständlich. Dieser Grundlohn sei bei ihnen schon bei der ersten Steuerungsulage anerkannt worden. In einem andern Großbetriebe wird dieser Grundlohn jedoch von der Gehilfenchaft bestritten. Einige große Betriebe, die bisher schon Ulagensätze in Höhe der jetzigen Vor schläge zahlten, wollen nichts, einer den Verheirateten 1 Mk. und den Ledigen 50 Pf. monatlich bewilligen! Ein alter Vertrauensmann und Verbandsfunktionär bezeichnete es als lächerlich, wenn der „Korr.“ das Geringste mit den Aufmachern aufmache. Das gehe über die Forderung. Die Gehilfenchaft müßte die Prinzipale die Zähne zeigen. In mehreren Betrieben ist den verhandelnden Vertrauensleuten gelangt worden, daß sich die Prinzipale verpflichtet hätten, in keinem Fall über die vorgeschlagene Skala hinauszugehen. Der Verbandsleitung wurde der Vorwurf gemacht, daß sie nicht verstanden habe, die Situation auszunutzen. Schuldfrage die Tarifverlängerung ohne festgelegte Gegenleistungen der Prinzipale. Bei einer Kündigung des Tarifs wäre mehr herausgekommen. Es darf nicht immer über die Köpfe der Gehilfenchaft beschlossen werden. Die Kollegen können sich nicht rühren. Wollten sie die übermäßige Leistung von Überarbeit verweigern, wird ihnen mit Arbeitsbruch gedroht. Massenkindigungen, die allein zum Ziele führen können, seien tariflich verpönt. Kollege Böhm ergriff ebenfalls das Wort und führte aus, daß es auch im Verbandsvorstande keinen gibt, der die Schwierigkeiten der Gehilfenchaft in dieser schweren Zeit nicht empfindet. Wenn einer der Redner sagte, daß es ihn ansehe, immer wieder resultatlos mit seiner Geschäftsleitung zu verhandeln, so solle man doch nicht annehmen, daß bei Verhandlungen mit den Prinzipalen die Verbandsvertretung einen leichten Stand habe. In der jetzigen Zeit konnte aber nicht taktischer gehandelt werden, als gesehen. Es ist falsch, wenn gesagt wurde, die Gehilfenchaft ist preisgegeben worden. Der Tarif läuft bis Ende dieses Jahres; es wären also bei einer Kündigung des Tarifs bis dahin keine Ulagensätze zu erreichen gewesen. Nicht nach den Verhältnissen der Berliner Großbetriebe kann die Frage vom Verbandsvorstande beurteilt werden, sondern nach den Verhältnissen in ganz Deutschland. Es hat bedeutende Mühe gekostet, für die kleinen Druckereien überhaupt etwas herauszuholen. Wenn aber etwas beschlossen wird, kann nicht als Grundlage ein Berliner Großbetrieb genommen werden, sondern die Lage im ganzen Reich. Aber die Gehilfenchaft hat ja in dieser Frage die Freiheit des Handelns außerhalb des Rahmens des Tarifs. Wenn von einem Redner noch gesagt wurde, daß es ihm unmöglich sei, von seiner Geschäftsleitung mehr herauszuholen, wie soll es da der Verbandsleitung für ganz Deutschland möglich sein? Wir können nicht von den Lohnverhältnissen in der Kriegsindustrie ausgehen, sondern müssen auch die Schwierigkeiten des Buchdruckerwesens berücksichtigen. Darum muß je nach Lage der Verhältnisse vorgegangen werden; gemeinsame gleiche Forderungen zu stellen, ist nicht durchführbar. Die jetzige schwere Zeit ist nicht dazu angetan, die Einigkeit in der Gehilfenchaft durch derartige Vorwürfe zu gefährden. Zweck der Ansprache soll doch sein, Wege zu suchen, etwas für die Kollegenchaft herauszuholen. Wenn die Kollegen eine Verbesserung ihrer Lage wollen, müssen sie sich auch selbst rühren. Keinem Kollegen kann verwehrt werden, seine Arbeitskraft so teuer als möglich zu verkaufen. Wenn es richtig ist, daß sich die Prinzipale in Berlin verpflichtet haben, über die Vor schläge nicht hinauszugehen, auch wenn

sie dazu in der Lage sind, werden die Gehilfen die Anwendung daraus ziehen. Wir werden immer versuchen, die Lage der Gehilfenchaft zu heben. Nicht böser Wille der Verbandsleitung ist es, wenn nicht alle Wünsche erfüllt werden können, sondern die Verhältnisse fragen die Schuld. Jeder einzelne muß für seine Interessen eintreten; was wir tun können, um nachzuhelfen, wird gesehen! Kollege Massini las in seinem markigen Schlussworte noch einmal den Extrait der Diskussion aufzulesen. Er wies dabei darauf hin, daß der Gewerkschaft in der Frage der Tarifverlängerung einflüchtig auf dem Standpunkte stand, daß eine Tarifrevision unter den jetzigen Verhältnissen ausgeschlossen ist. Sie hätte uns sicher auch viele Verschlechterungen des Tarifs gebracht. Eine bewilligte Lohnverhöhung hätte nur eine Ausbesserung des Minimums gebracht und die Höherentlohn wären leer ausgegangen. Die jetzigen Verhältnisse können nur durch die Tat der Gehilfenchaft gebessert werden, und zwar dadurch, daß sich jeder einzelne nach seinen Leistungen und Berücksichtigung der ständhaft feuren Lebensverhältnisse seine Arbeitskraft bezahlen läßt. Nach Erledigung einiger Fragen lokaler Interessens wurde die gutgeleitete Versammlung mit den besten Wünschen für eine erfolgreiche Durchführung der Steuerungsulagen vom Vorstehenden geschlossen.

Anmerkung der Redaktion: Das in Nr. 121 herangezogene Beispiel der bei den Aufmachern getroffenen Vereinbarung über Steuerungsulagen ist zu dem Zweck erfolgt, daß nicht wieder, wie es seit dem Frühjahr häufig vorgekommen, die Steuerungsulagenempfehlung aus der Kriegsindustrie über diesen verbundenen Gewerben der Redaktion folgen unter die Nase gerieben werden. Die Steuerungsulagen zerfallen in zwei Kategorien, mit der eben gedachten ist für uns Verhältnisse nichts anzufangen. Das Grundübel liegt aber in der Anzulänglichlichkeit unserer Ernährungs politik. Das Reichsernährungsrat hat weder eine richtige Verteilung der Lebensmittel, noch viel weniger eine Senkung der Preise zu erreichen vermocht. Verprechungen sind reichlich gegeben und der Worte sind auch während der letztmaligen Sitzung des Reichsparlaments wieder genug gewechselt worden, an Hilfe und Besserung bringenden Taten fehlt es aber durchaus. Erkaufen und Entlohnung überkommt einen, wenn man beobachtet, wie die Regierungswesen peinlich der Konsequenz ausweichen: entweder bestimmt eine merkliche Preisherabsetzung für alle Artikel des täglichen Bedarfs herbeizuführen oder von Gesetzes wegen eine Lohnregulierung eintreten zu lassen, daß jedem Angefallenen und Arbeiter eine der öflichen Versteuerung folgende und voll entsprechende Erhöhung des Einkommens gewährt werden muß. Dann würde ein reinigendes Gewitter in die schamlose Auswucherung des Volkes fahren! So aber ist mit Recht alles unzufrieden, was sich Lebensmittel erwerben muß. Die Not steigt, die Arbeitskraft wird schwächer — starke, allgemeine Verberberung ist zur Tageserreichung geworden. Kein Wunder deshalb, wenn sich in unsern Reihen die Unzufriedenheit lauter äußert, und daß sie neue Nahrungserwerb, wenn auch häufig Beschränkung der Steuerungsulagen auf die Mindestsätze erfolgt, auch wenn die geschäftlichen Verhältnisse ein Mehr gestatten. Die Prinzipale scheinen dies fast gar nicht zu wissen, wie fräufig die Lebenshaltung ihrer Personale geworden ist. Es ist bei dieser Sachlage ja begreiflich, daß auch der „Korr.“ sein Ziel abhakt, wenn sich die Unzufriedenheit entladet, aber notwendig ist es darum doch nicht und noch weniger gerechtfertigt. Wenn es nach unserm Massenverbrauch von Tinte für die Steuerungsulagen und die Bekämpfung der Steuerungsulagen geht, müßte es um die Lage der Gehilfenchaft anders bestellt sein.

L. Bielefeld. Am 4. November fand in der „Eisenhütte“ unsere voraussichtlich letzte Mitgliederversammlung in diesem Jahre statt; dieselbe erfreute sich eines guten Besuchs (auch mehrere „Feldgräue“ waren erschienen) und nahm einen schönen Verlauf. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Verammelten das Andenken an den auf dem Schlachtfelde gefallenen Kollegen Heinrich Alpenbrink aus Bielefeld. Beim Punkte „Bereitschaftsbeiträge“ gab Vorstehender Weeking u. a. Kenntnis über den augenblicklichen Stand der Buchdruckerangelegenheit. Es war wenig Erfreuliches, was man zu hören bekam. Der Kassenbericht für das dritte Quartal lag gedruckt vor. Kassierer Holz gab noch eine kurze Ergänzung, worauf Entlastung erteilt wurde. Die neuen Steuerungsulagen scheinen hier diesmal glatt bewilligt zu werden. In elf Druckereien hat die Auszahlung nach den in Voranschlag gebrachten neuen Sätzen bereits stattgefunden. Die Firma Behagen & Klasing zahlt 1 Mk. darüber. Von drei kleineren Druckereien war das Resultat noch unbekannt, doch dürfte die Bewilligung auch dort auf keine Schwierigkeiten stoßen. Aus der Versammlung heraus wurden die neuen Sätze bei der herrschenden ungeheuren Steuerungsulage als recht mager bezeichnet. Für die Kinder hätte auch eine Erhöhung der Sätze eintreten müssen, denn gerade die kinderreichen Familien bekämen die Steuerungsulage am meisten zu spüren. Lobend anerkannt wurde die in der Steuerungsulagenangelegenheit von der letzten Gewerkschaftskonferenz bzw. der von ihr eingesetzten Kommission und der Redaktion des „Korr.“ gefaßte energische Wahrnehmung der Gehilfeninteressen. Beschlossen wurde, den Frauen der beim Meere wehenden Mitglieder als Weihnachtsbescherung je 10 Mk. und für jedes Kind unter 14 Jahren 1,50 Mk. zukommen zu lassen. Jedes ledige, beim Militär wehende Mitglied soll durch ein Kistchen mit Zigarren erfreut werden. Gegenwärtig befinden sich 126 verheiratete und 134 ledige Mitglieder unseres Ortsvereins beim Militär. Diese Zahl wird sich aber in Bälde noch merklich erhöhen; zahlreiche Mitglieder, darunter auch Kassierer Holz, sind schon im Besitz ihrer Einberufungsorder. Durch die Weihnachtsbescherung wird ein Kostenpunkt von etwa 2000 Mk.

erforderlich, wozu aber aus der Bezirkskasse ein ansehnlicher Zuschuß gewährt wird. Dem Militär wieder entlassene Mitglieder sollen die Weihnachtsgabe nur erhalten, wenn sie weniger als vier Wochen vor dem Feste in Arbeit standen. Am ersten Feiertage wird bei Eintritt der Dunkelheit im Café der „Eisenblüte“ ein zwangloses Beisammeln mit Angehörigen stattfinden. Der jetzige Vorstand wurde für das kommende Jahr wieder bestätigt. — Nach einem Beschlusse in der vorigen Versammlung finden jeden Sonntag, vormittags 11 Uhr beginnend, in der „Eisenblüte“ zwanglose Zusammenkünfte statt, in denen die Kollegialität gepflegt und die Weiterbildung gefördert werden soll. Bei diesen Zusammenkünften braucht nichts verzehrt zu werden.

K. K. Donaueschingen. Am 29. Oktober fand hier die Bezirksversammlung der Schwarzwalddruckorte Donaueschingen, Gurtwangen, Neustadt und Bonndorf statt. Die Versammlung war gut besucht, mit einigen Ausnahmen aus dem Ortsvereine Donaueschingen. Selbst Kollege Seppeler (Willingen) hatte sich der Mühe unterzogen und war erschienen. Dies freute uns besonders. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, gedachte Vorsitzender Müller (Greiburg) in schönen Worten der auf dem Felde der Ehre gefallenen Kollegen. Zu ihrem ehrenden Andenken erhob sich die Versammlung von den Sitzen. Die Punkte der Tagesordnung hatten eine Verschiebung erfahren, und so ging der Bezirksvorsitzende zunächst über zu: „Mittellungen und Entgegennahme von Berichten aus den Bezirksorten.“ Auch die Teuerungszulagen wurden besprochen, dadurch gestaltete sich dieser Punkt äußerst interessant. Unter dem dritten und vierten Punkte: „Geldbewilligungen für Weihnachen“ (Unterstützung der Kriegerfamilien und Liebesgabenwendung) sowie „Abrechnung der Bezirkskasse“, waren alle Kollegen mit den Ausführungen unseres Bezirksvorsitzenden einverstanden und wohl bewußt, wie groß die geleistete Arbeit war. Zum Schluß behandelte in einem interessanten Vortrage Gauvorfesher Lindenlaub (Greiburg): „Wirtschaftliche Betrachtungen — Tarif und Organisation im Lichte der letzten Gauvorfesherkonferenz.“ Reicher Beifall beslohte ihn für seine interessanten Ausführungen. Nach lebhafter Debatte schloß hierauf der Vorsitzende die gutverlaufene Versammlung.

r. Siegen. Zum ersten Male während der Kriegszeit tagte unsere Bezirksversammlung nicht am Vorort, sondern am 29. Oktober in Bechhof. Der Besuch der vierten diesjährigen Versammlung war gut. Nach Bekanntgabe verschiedener Grüße von den beim Militär befindlichen Mitgliedern gelangte ein Zirkular des Gauvorfesherstandes zur Verlesung. Der Kassenbericht vom dritten Quartal 1916 gab zu Monats keinen Anlaß. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Aber die am 24. September in Köln stattgehabte Bezirksvorsitzenderkonferenz berichtete Kollege Maubach in eingehender Weise. Die Versammlung gab zu den dort gefaßten Beschlüssen ihre Zustimmung. Als Weihnachtsgabe für unsre im Felde stehenden Kollegen bewilligte die Versammlung für die Kriegerfrauen je 5 Mk. und für die bis zum 1. November dieses Jahres eingezogenen unverheirateten Kollegen je 3 Mk. aus der Bezirkskasse. Nachdem noch einige Sachen unter „Verschiedenem“ besprochen waren, fand die anregend verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf den Verband ihren Abschluß.

o o o o o Rundschau o o o o o

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielten das Eiserne Kreuz: Karl Bierwirth, Willi Lehmann, Artur Reinhardt, Franz Neumann, Hermann Seeger und Hans Walter (Berlin), August Kirchner (Böckum), Jakob Wall (Bonn), Eugen Kollmer (Chlingen), Friedrich Berges (Seuerbach), Jean Balzer, Karl Schmölcher, Woldemar Becker, Joseph Abel und Paul Trimborn (Frankfurt a. M.), Ernst Hüfner (Großenhain), Friedrich Kühl und Friedrich Lebrnichel (Söckst a. M.), Otto Beigle, Alfred Müller, Erwin Roth und Alfred Schwarz (Leipzig), Joseph Brinker (Münster i. W.), Adam Schäfer (Offenbach a. M.), Willi Schmidt (Quedlinburg), Albert König (Weine i. W.), Karl Sebel (Schwennigen), Gottlieb Chuis, Hermann Kromer und Georg Mohr (Stuttgard) sowie Karl Elske (Swinemünde). Damit haben bis jetzt 2356 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten.

Zur Neuregelung der Teuerungszulagen für Hilfsarbeiter. Wie in der „Zeitschrift“ zu lesen, ist in Stuttgart — von andern Fällen ist öffentlich noch nichts bekannt geworden — dem Hilfspersonal und sonstigen technischen Arbeitern ein Zuschlag von 75 Proz. auf die bisherigen Teuerungszulagen gewährt worden. Die Forderungen werden in leibziger Bemessung beibehalten. Dieser Beschlusse wurde in einer Stuttgarter Prinzipalsversammlung einstimmig gefaßt. Das von Stuttgart gegebene Beispiel wird der Prinzipalität an andern Orten den Weg zeigen, der sich nicht zuletzt auch im eignen Interesse empfiehlt.

Die Teuerungszulagen für Lehrlinge. Während bei den im Frühjahr vom Vorstände des Deutschen Buchdruckervereins aufgestellten und vorgeschlagenen Richtlinien auch eine Berücksichtigung der Lehrlinge empfohlen wurde, heißt es in der Ansprache der Prinzipalsvereinsvertreter an alle der Tarifgemeinschaft angehörigen Buchdruckereibesitzer vom 17. Oktober: „Bei Lehrlingen hat es mit den bisher gewährten Zulagen sein Bewenden.“ Das war wie bei den Hilfsarbeitern ein Rückschritt, ein

größerer sogar. Jedoch die Richtlinien binden niemand, mehr zu tun oder offenkundige Lücken nicht auszugleichen. So hat denn der Stuttgarter Prinzipalsverein in einer Versammlung am 27. Oktober auf Befürwortung seines Vorsitzenden einstimmig beschlossen, die bisherige Zulage von 2 Mk. monatlich auf 4 Mk. zu erhöhen. Begründend wird ausgeführt, die Lehrlinge hätten in ihrem Entlohnungsalter naturgemäß mehr unter den gegenwärtigen Ernährungsverhältnissen zu leiden; sie müssen bei dem herrschenden Gehilfenmangel oftmals auch weit mehr leisten als in Friedenszeiten. Das sind durchaus zutreffende Erwägungen, die jedoch nicht nur für Stuttgart gelten und deshalb überall zu einer gleichen Maßnahme führen sollten.

Kontraktbruch von Lehrlingen. Das Davonlaufen von Lehrlingen ist bei den traurigen Verhältnissen jetzt eine gar nicht seltene Erscheinung. Die schreckliche Verfeuerung treibt zu höher bezahlter Arbeitsgelegenheit, ganz gleich welcher Art. Man kennt kein Gebot, sagte der Reichskanzler, und arme Schlicher handeln auf ihre Weise nach diesem Wort. Es ist jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß es auch hier ein dickes Ende gibt. Auf der Herbstversammlung der Buch- und Stein-druckerin-nung Schweinitz wurde mitgeteilt, daß mehrere Fälle von Kontraktbruch vorgekommen seien, durch die Polizei habe jedoch Zurückführung der Lehrlinge stattgefunden. In einem durch die Sanowwerkstammer mitgeteilten schwereren Vorfall erhielt ein Lehrling sogar mehrwöchige Haftstrafe.

Gehilfenprüfung. Auch in Hensburg haben ein Geher- und ein Druckerlehrling ihre vorzeitige Prüfung bestanden.

„Eine unmittelbare Folge des Krieges.“ In dem „Baugener Tageblatt“ finden wir mit dieser Motivierung die Nachricht, daß der Buch- und Stein-druckereibetrieb der seit 54 Jahren in Neusalza bestehenden Firma Hermann Döler stillgelegt wird, dem Personal ist gekündigt worden. Unter den Arbeitern dabeisitz befinden sich Gehilfen, die nahezu 50 Jahre in der Fabrik tätig sind. Es ist hart, was der Krieg alles für Folgen zeitigt. Gehilfen in einem solchen Alter werden selbst bei dem jetzigen großen Arbeitermangel nicht so leicht unterkommen, in Neusalza am wenigsten. Obendrein befindet sich diese Firma Döler — es gibt deren zwei in Neusalza — nicht in dem Bereichnisse der tariffreien Druckereien, was ein Verschulden jener alten Gehilfen mit ist. Die Hilfe des Verbandes ist ihnen bei dem Fall der Not auch versagt. Ein Kapitel, das schon so manchem Nichtmitglied im Alter viele Stunden sorgenden Nachdenkens bereitet hat.

Weitere Beschränkung des gewerblichen Arbeitsmarktes in der Presse. Der in Berlin ansässige Verband der Fachpresse hielt nach einem Berichte von „Presse-Buch-Papier“ in der letzten Oktoberwoche eine Mitglieder-versammlung ab. Es wurde bei dieser Gelegenheit mitgeteilt, daß der Vorstand gegen einige schon erlassene oder noch in Aussicht stehende Zensurverfügungen, nachdrücklich Stellung genommen hat. Es ging gegen die „Ankündigungen“ der Presse, insbesondere gegen die geplante Beschränkung des gewerblichen Stellenmarktes. Aus der Sitzung des Reichshaushaltsausschusses vom 18. Oktober geht hervor, daß Anzeigen mit Arbeiterge-luchen allgemein verboten werden sollen. Der national-liberale Abgeordnete Stresemann wandte sich gegen diese Absicht, nachdem Abgeordneter Saubold (Soz.) das Verbot von Anzeigen, in denen Arbeitskräfte in Stellen außerhalb eines Korpsbezirks als Unterbindung der Freizügigkeit der Arbeiter bezeichnet hatte. Daß gegen derartige, die Arbeiter wie die Arbeitgeber schädigende Bestimmungen für die Presse mit aller Entschiedenheit Front gemacht werden muß, ist selbstverständlich. Wenn man keine andern Mittel mehr gegen den Arbeitermangel kennt, dann ist der in Aussicht genommene Weg jedenfalls der ungeeignete. Es wird hoffentlich in diesem Falle dem Verordnungsgeber eine kalte Dusch bereit worden sein.

Das geschäftsfüchlige Reichspostamt. Wie aus einem Vernehmungsberichte der „Zeitschrift“ hervorgeht, haben die Eisenbahndirektionen den Preis für die Herstellung von Frachtbriefen um 100 Proz. erhöht. Die Reichspost-verwaltung dagegen antwortete ablehnend auf eine Eingabe, für die Postformulare eine angemessene Erhöhung zu gewähren; es gelte das „mit Rücksicht auf das allgemeine Wohl“. Der Bund der Vereine des Druck-gewerbes usw. will sich damit nicht zufrieden geben. Zu diesem Verhalten des Reichspostamts in Widerspruch steht jedoch sein an eine Anzahl von Fachzeitschriftverlegern gerichtete Eruchen, die zur Förderung des bargeblieben Verkehres herausgegebenen Merkblätter des Postbedeck-amts ohne Berechnung von Gebühren beizulegen; freie Beförderung sollte jedoch stattfinden. Natürlich haben die betreffenden Verleger darauf verzichtet, sie beanspruchen mindestens Wiedererstattung der eignen Auslagen.

Entscheid des Reichspostamts über besondere Ver-merke zu Manuskript- und Korrekturfendungen. Wie die „Zeitschrift“ mitteilt, ist der Buchgewerbliche Schutz-verband in Leipzig mit einer Eingabe abschließig beschiden worden. Es sind danach unzulässig: 1. bei Manuskript- sendungen zum Geschäftspapierporto Bemerkungen für den Seher, 2. bei Korrekturfendungen zum Drucksachenporto besondere Vermerke und Anweisungen; Änderungen und Zusätze, die einen Bestandteil der Korrektur ausmachen, sind indes gestattet.

Die Kunst Gutenberg's bei den Göttinger Griechen. Für die in freiwillige deutsche Schutzhaft nach Götting ge-gangenen griechischen Truppenteile erkeimt vom 7. No-vember an eine besondere griechische Ausgabe einer Göttinger Zeitung. Griechische Buchdrucker als Soldaten werden zur Sachherstellung verwendet.

Konkurseröffnungen im Oktober. Mit 170 An-meldungen ergibt sich gegen den gleichen Monat im Vor-

jahr ein ganz erheblicher Anstieg. Damals waren es 282 und im Oktober 1914 gar 595.

Verlängerte Verjährungsfristen. Laut Bundesrats-beschlusse werden die im Jahre 1914 noch nicht verjährten Ansprüche bis zum Ende von 1917 verlängert. Die im Jahre 1912 oder später entstandenen Forderungen für Waren, gleichfalls die der Gastwirte für Wohnung und Kost, der gewerblichen Arbeiter und Tagelöhner an Lohn, die Ansprüche der Ärzte, Rechtsanwält, Seugen und Sach-verständigen verfahren also erst mit dem Jahreschlusse von 1917. Ebenso läuft für alle regelmäßig wiederkehrenden Leistungen (Rückstände von Zinsen und Renten, Miet-anprüche, Auszugleistungen, Besoldungen, Wartegelder, Ruhegehälter, Unterhaltungsbeiträge), die im Jahre 1910 oder später entstanden sind, die Verjährungsfrist nun bis Ende 1917.

Scheitern der Verhandlungen über die Teuerungszulagen in der Holzindustrie. Es hat sich nun heraus-gestellt, daß der Beschlusse der Reichskonferenz des Holz-arbeiterverbandes von Anfang Oktober, sofort und überall eine Teuerungszulage von 33 1/2 Proz. bzw. Zohrerhöhung von 20 Pf. pro Stunde zu verlangen, auf Widerstand bei den Unternehmern gestoßen ist. Bis zum 29. Oktober sind die örtlichen Verhandlungen darüber geführt worden, eine Verständigung wurde aber nirgends erzielt. Das An-gebot der Unternehmer belief sich meistens aus Insgesamt 20 Proz., die in Zweiteilung zur Einführung gelangen sollten: 10 Proz. am 15. November und 10 Proz. am 17. Februar 1917. Wenn auch in manchen Orten das Entgegenkommen größer war, so blieb es in andern erheblich hinter jenem Angebote zurück. Darauf verhandelten die Zentralvorstände beider Parteien. In der Höhe der Zulagen sollte noch ein geringes Zugeständnis erfolgen, dagegen forderten die Unternehmervertreter, daß die prozentualen Zuschläge auf die vor dem Kriege bestandenen Löhne berechnet werden; die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter sollten jedoch von den Teuerungszulagen ausgeschlossen sein. Damit wäre alles illusorisch geworden. Die Arbeitervertreter lehnten also entschieden ab, die Unter-nehmervertreter indes erklärten sich gebunden an die Beschlüsse ihrer Generalversammlung. Die Verhandlungen wurden daraufhin abgebrochen. Eine neue Konferenz der Städtevertreter des Holzarbeiterverbandes beehrte auf 33 1/2 Proz. Erhöhung der Altkorbhöhe oder 20 Pf. Steige-rung der Stundenlöhne, und zwar nicht unter Zugrunde-legung der durch die Zeitverhältnisse überhöhten Tariflöhne, sondern der jetzt gezahlten. Außerdem sollen die Arbeit-erinnen und Hilfsarbeiterinnen die Zulagen ebenso erhalten. Der inzwischen gebotenen Möglichkeit zu Verhandlungen unter Leitung des Reichsamts des Innern erteilte die Kon-ferenz ihre Zustimmung und vertagte sich darauf, denn die einzige Einigungssitzung trat schon am 7. November zu-sammen. Bei Redaktionschluss dieser Nummer war über das Ergebnis noch nichts bekannt. Fällt es nicht betrie-bigend aus, soll von „Arbeiterzeitung“ am 15. November zur Kündigung der Tarifverträge geschrieben werden.

Verschiedene Eingänge.

„Deutscher Buch- und Stein-drucker.“ Monatlicher Bericht über die gesamten graphischen Künste mit der Beilage „Graphische Feiertage“. Herausgeber: Ernst Morgenstern, Berlin W 57, Dammstraße 19. 23. Jahrgang. Heft 1. Preis: Einzelheft 1 Mk., für das Vierteljahr 2 Mk.

„Der Maschinenmeister im Buchdruckgewerbe.“ Mitteilungen der Zentralkommission der Maschinenmeister Deutschlands. Nr. 3 des 6. Jahrganges. Inhalt: Zuerst-lässige Prüfung technischer Hilfsmittel. — Blaue Längs- und Querlinien. — Alle Zuschriften sind zu richten an den Obmann der Zentralkommission H. Seher, Berlin SW 47, Möckernstraße 84.

Opfer des Krieges wurden:

Aus Frankfurt a. O.: Hermann Kemnib (S.); Otto Grabandt (S.); Max Gröbdehner (S.); Erich Hoff-bauer (S.); Rudolf Thieme (Dr.).
Aus Fulda: Philipp Kahner.
Aus Selskirkchen: August Rykowski (Dr.); Ewald Lütke.
Aus Gera: Albert Scherling (S.); Max Kluge (S.).
Aus Gleiwiß: Eduard Dieck (S.); Willi Anders (S.).
Aus Götting: Hugo Keil (S.).
Aus Göttingen: August Thal (Dr.).
Aus Hagen: Wilhelm Brück (S.).
Aus Hainichen: Gerhard Gläser (S.).
Aus Halberstadt: Karl Ahrens (S.); Wilhelm Karske (S.).
Aus Halle: Emil Bauer (M.-S.); Emil Sübner (S.).
Aus Hamburg: S. Bender (S.); M. Falk (Dr.); M. Rück (S.); P. Wöb (S.); R. Kalmbach (S.); D. Weber (Dr.); M. Musfeldt (S.); B. Gabriel (S.); Fr. Gädicke (S.).
Aus Hannover: Georg Jänecke (M.).
Aus Harburg: Paul Herrmann (S.).
Aus Hirschberg: Martin Nakoinz (S.).
Aus Kaiserlautern: Karl Reinsbagen (Dr.); Heinrich Heide (S.); Johann Baptist Schmitz (M.-S.).
Aus Karlsruhe: Ludwig Strobel (S.); Gustav Mall (S.); Julius Erdwein (St.); Karl Repple (S.).
Aus Kassel: Heinrich Kraft (S.).
Aus Kloppeburg: Karl Braich (Dr.).
Aus Kolberg: Ernst Boldt (M.-S.).
(S. = Seher, M.-S. = Maschinenmeister, Dr. = Drucker, Schw. = Schweiberbege, G. = Götting, St. = Stein-drucker, F. = Fulda, P. = Prinzipal. Die angeführten Städte geben den letzten Kon-ditionsort an.)

